

## EuKommunal 30. Ausgabe

Kommunale Nachrichten aus und für Europa  
30. Oktober 2007

### 1. EU-Reformvertrag

**Der EU-Reformvertrag ist online abrufbar**, einschließlich der Präambel, Protokolle und Erklärungen unter

<http://www.lpm.uni-sb.de/europa/Materialien/euv.htm>

### 2. Europa wird kommunaler

**Der "Vertrag von Lissabon" enthält für die Kommunen wichtige Festlegungen.**

Dazu zählen u.a.:

- die ausdrückliche Erwähnung der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung als Bestandteil der mitgliedstaatlichen Identität, die die Union zu achten hat;
- die ausdrückliche Einbeziehung der regionalen und lokalen Ebene in das von der Union zu beachtende Subsidiaritätsprinzip;
- die Konkretisierung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips durch ein entsprechendes Protokoll zur Anwendung dieser Grundsätze, das dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigelegt ist;
- die Verpflichtung der Organe der Union zum "offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden" und zu umfangreichen Anhörungen;
- die Stärkung des Ausschusses der Regionen durch ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Dem EU-Vertrag wurde zudem ein Protokoll über die Dienste von allgemeinem Interesse beigelegt, in dem der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage der Erbringung von Dienst von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ausdrücklich hervorgehoben wird.

### 3. Städtischer Nahverkehr

Termin 15. März 2008

**Die Kommission hat das angekündigte Grünbuch zum innerstädtischen Verkehr vorgelegt.** Darin werden die größten Herausforderungen zu Verbesserung der Qualität des innerstädtischen Verkehrs aufgezeigt. Nach der Vorstellungen der Kommission sollen u.a. Carpooling (ad hoc Fahrzeuganmietung) und Carsharing (d. h. eine gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen) gefördert werden. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Ausbau von Fahrradwegen soll dazu beitragen, dass es weniger Staus und damit auch weniger Umweltbelastungen geben wird. Zur Finanzierung wird angekündigt, die Ausweitung des Anwendungsbereichs der „Eurovignetten-Richtlinie“ durch Einführung einer städtischen Dimension zu prüfen, um die Erhebung Straßengebühren für Fahrzeuge und Infrastrukturen aller Art zu ermöglichen. Es ist zu erwarten dass die damit angesprochene Einführung einer City-Maut (Stadtmaut) eines der beherrschenden Themen in dem jetzt angelaufenen Konsultationsverfahren sein wird. Zentral dürfte dabei die Frage sein, ob eine Innenstadtmaut den Wirtschaftsstandort Innenstadt gegenüber peripheren Standorten schwächt. Hinsichtlich der Finanzierung weist die Kommission auch darauf hin, dass eine Kofinanzierung mit den Kohäsionsinstrumenten für Investitionen in die Infrastruktur (z. B. Eisenbahn und

Terminals) und in Fahrzeuge (umweltfreundliche Busse, Oberleitungsbusse, Straßenbahnen, U- und S-Bahnen) möglich ist, aber auch für Maßnahmen, die Teil eines integrierten und benutzerfreundlichen städtischen Verkehrssystems sind (IVS, Fahrgastinformation, integrierte Fahrscheinausstellung, Verkehrsmanagement usw.). Mit dem Grünbuch wird ein umfassendes Konsultationsverfahren eingeleitet, das am 15. März 2008 endet. Der Aktionsplan und die zugehörige Folgenabschätzung werden im Frühherbst 2008 veröffentlicht. In dem Aktionsplan werden dann Maßnahmen auf EU-Ebene, auf regionaler und lokaler Ebene und auf der Ebene der Wirtschaft und der einzelnen Bürger vorgeschlagen.

Das Grünbuch (25 Seiten) vom 25.9.2007 „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ ist veröffentlicht unter

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007\\_0551de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0551de01.pdf)

Zu den 25 im Grünbuch gestellten Fragen können insbesondere auch die Kommunen bis zum 15. März 2008 eine Stellungnahme an folgende E-Mail-Adresse übermitteln: [tren-urbantransport@ec.europa.eu](mailto:tren-urbantransport@ec.europa.eu) Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/379&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **4. Güterverkehrslogistik- Stadt**

**Die Kommission hat für 2008 u.a. einen Aktionsplan für die Güterverkehrslogistik in Städten angekündigt.** Der Aktionsplan für den städtischen Bereich soll den gesamten Güterverkehr umfassen und Aspekte der Raumordnung, Umweltbelange und Verkehrsmanagement berücksichtigen. Dafür wird die Kommission den Erfahrungsaustausch von Vertretern städtischer Gebiete fördern und Empfehlungen für vorbildliche Verfahrensweisen, Indikatoren oder Normen für die Stadtverkehrslogistik, einschließlich Güterlieferungen und Lieferfahrzeugen, ausarbeiten. Überregional ist die Konzentration von Langstreckentransporten auf sog. „grünen Korridoren“ (Langstreckenkorridore) vorgesehen. Bei den grünen Korridoren sollen verschiedene Verkehrsträger (Kurzstreckenseeverkehr, Schiene, Binnenwasserstraßen und Straße) miteinander kombiniert werden, um eine integrierte und umweltfreundliche Güterbeförderung von Tür zu Tür zu gewährleisten. Diese Korridore werden ausgestattet mit geeigneten Umschlagseinrichtungen an strategischen Standorten (wie Seehäfen, Binnenhäfen, Rangierbereiche und andere einschlägige Logistikterminals und Anlagen) und mit Versorgungsstellen für Biokraftstoffe. Langfristig beabsichtigt die Kommission, den **Ausbau eines dem Güterverkehr gewidmeten Schienennetzes** (Vorschlag bis 2008. Korridorstruktur bis 2012), um so die unterschiedlichen Anforderungen an den Personen- und Güterverkehr besser erfüllen zu können. Die erheblich langsameren Güterverkehre sollen auf eigenen Netzen verlässlich rollen und so zu einer Verbesserung der Transportleistung beitragen, mit dem Ziel der Verlagerung von der Straße auf die Schiene.

Der Aktionsplan Güterlogistik im Internet unter [http://ec.europa.eu/transport/logistics/freight\\_logistics\\_action\\_plan/doc/action\\_plan/2007\\_com\\_logistics\\_action\\_plan\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/transport/logistics/freight_logistics_action_plan/doc/action_plan/2007_com_logistics_action_plan_de.pdf)

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1550&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de%20>

## **5. Fußgängerschutz**

**PKW's sollen ab 2009 mit einem Bremsassistenzsystem ausgestattet sein.** Das hat die Kommission zum Schutze der Fußgänger für neu zugelassene PKW's vorgeschlagen. Mit dem Bremsassistenzsystem lässt sich der Bremsweg eines Fahrzeugs bei einer Notbremsung beträchtlich verringern. Das System erkennt, dass der Fahrer zwar rasch reagiert, aber nicht energisch genug gebremst hat, und verstärkt automatisch die Bremskraft. Dadurch können Zusammenstöße mit Fußgängern vollkommen vermieden werden bzw. würden bei einer weitaus geringeren Geschwindigkeit erfolgen. Die Kosten betragen pro Fahrzeug ca 85 € Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1453&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **6. Breitbandentwicklung**

**Die Kommission hat am 15. 9. 2007 einen Bericht zur Breitbandentwicklung vorgelegt.** Danach ist DSL mit ungefähr 72,5 Mio. Anschlüssen nach wie vor die wichtigste Breitbandtechnik in der EU. Allerdings ist das DSL-Wachstum gegenüber Juli 2006 um 6,1% zurückgegangen, während alternative Technologien wie Kabel, Glasfaserleitungen bis zum Kunden und drahtlose Teilnehmeranschlüsse mit insgesamt 17,7 Millionen Anschlüssen stärker genutzt wurden. Hauptthemnisse für das Wachstum des Breitbandmarkts sind fehlender Wettbewerb und Schwachstellen bei der Regulierung in mehreren Ländern. Zur Beseitigung dieser Schwachstellen wird die Kommission am 13. November Vorschläge zur Reformierung des EU-Telekommunikationsrechts vorlegen.

Die gute Nachricht ist nun, dass Deutschland im Zuwachs an 4. Stelle liegt. Besser sind nur Dänemark, Luxemburg und Irland. Die schlechte Nachricht ist, dass Deutschland gegenüber Dänemark pro 100 Personen nur etwa die Hälfte der Anschlüsse hat (DK 37,2; D 21,1). Es gibt allerdings keine Zahlen in dem Bericht, wie sich die Entwicklung auf Landkreisebene darstellt. Es bleibt also fraglich, ob es zusätzlich zu der wachsenden Kluft zwischen den Mitgliedsstaaten auch eine wachsende Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten auch in Deutschland gibt.

Der Bericht vom 15.9.2007 ( 65 Seiten z.Zt. nur in englisch) unter

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecomm/doc/implementation\\_enforcement/broadband\\_access/Broadband\\_data\\_july07\\_final.pdfz.Zt](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/doc/implementation_enforcement/broadband_access/Broadband_data_july07_final.pdfz.Zt).

Die Pressemitteilung unter

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1492&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **7. Misshandlung alter Menschen**

**Die Kommission bereitet eine Mitteilung zum Thema "Misshandlung alter Menschen" vor,** die Mitte März 2008 auf einer europäischen Konferenz vorgestellt werden soll. Grundlage ist einen vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss am 5.10.2007 verabschiedete Sondierungsstellungnahme, in der Nationale Aktionspläne u.a. mit folgenden Inhalten gefordert werden:

- Erstellung von nationalen Berichten zur Prävention von Misshandlungen alter Menschen in der häuslichen und stationären Pflege. Erfasst werden soll auch,

ob (Mindest)Standards für die Pflege verbindlich gelten und ob institutionalisierte Formen der Kontrolle geschaffen worden sind.

- Schulungen und Initiativen für besonders relevante Berufsgruppen: medizinisches Personal, Pflegekräfte, Polizei, sowie die Schaffung von Melderechten bei Missständen für die Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen.
- Schaffung eines flächendeckenden, niedrighschwelligen und (auch) vertraulich zugänglichen Beratungsangebotes, um Informationsdefizite über die Situation "Pflege" bei allen (potenziell) Beteiligten und Betroffenen frühzeitig zu beseitigen.
- Schaffung von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige und von Ansprech- und Unterstützungsmöglichkeiten für professionelle Pflegekräfte.

Die Sonderstudie ist veröffentlicht unter [http://eescopinions.eesc.europa.eu/viewdoc.aspx?doc=//esppub1/esp\\_public/ces/soc/soc279/de/ces1156-2007\\_fin\\_as\\_de.doc](http://eescopinions.eesc.europa.eu/viewdoc.aspx?doc=//esppub1/esp_public/ces/soc/soc279/de/ces1156-2007_fin_as_de.doc)

## **8. Meerespolitik**

**Die Kommission setzt auf eine integrierte Meerespolitik.** In einer Mitteilung vom 10.10.2007 und einem beigefügten Aktionsplan sind konkrete Maßnahmen aufgelistet, die sich vom Seeverkehr bis zur Wettbewerbsfähigkeit der im maritimen Bereich tätigen Unternehmen, über Fragen der Beschäftigung, der wissenschaftlichen Forschung, der Fischerei und des Schutzes der Meeresumwelt erstrecken. Die Kommission wird intern eine Stelle einrichten, deren Aufgabe darin besteht, die Koordinierung zwischen den sektorspezifischen Initiativen aus dem Bereich der Meerespolitik zu verbessern.

Die Mitteilung (sog. Blaubuch / 17 Seiten) der Kommission vom 10. Oktober 2007 „Eine integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“, ist abrufbar unter [http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/BlueBook\\_IMP/DE\\_IMP\\_communication\\_final\\_COM\\_575.pdf](http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/BlueBook_IMP/DE_IMP_communication_final_COM_575.pdf)

Die Ergebnisse der vorausgegangenen Konsultation zur Europäischen Meerespolitik sind veröffentlicht unter [http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/Consultation/DE\\_Consultation\\_report\\_final\\_COM\\_574.pdf](http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/Consultation/DE_Consultation_report_final_COM_574.pdf)

Die Zusammenfassung der Folgeabschätzung unter

[http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/summary/DE\\_marpollAsummary.pdf](http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/summary/DE_marpollAsummary.pdf)

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1463&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **9. Regionen 2007**

**Eurostat hat das Statistische Jahrbuch der Regionen 2007 vorgelegt.** Es bietet eine Fülle von Informationen über das Leben in den europäischen Regionen sowie diesmal auch der EFTA-Länder. Das Jahrbuch enthält umfassende Regionaldatensätze zu den folgenden Themen: Bevölkerung, Bruttoinlandsprodukt, Haushaltskonten, Arbeitsmarkt, Arbeitsproduktivität, Städtestatistik, Wissenschaft, Technologie und Innovation, Strukturelle Unternehmensstatistik, Verkehr, Tourismus, Bildung und Landwirtschaft. Die Veröffentlichung kann abgerufen werden unter

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1073,46587259&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL&p\\_product\\_code=KS-AF-07-001](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1073,46587259&_dad=portal&_schema=PORTAL&p_product_code=KS-AF-07-001)

### **10. Wasserstoffautos**

**Die Kommission setzt auf das Wasserstoffauto**, von denen eine ganze Reihe bereits jetzt marktreif ist. Sie fördert die Entwicklung und Vermarktung dieser sauberen und sicheren Zukunftstechnologie finanziell, aber auch durch die Aufnahme dieses Fahrzeugtyps in das EG-Typengenehmigungssystem. Damit werden nicht nur die Anforderungen an die Sicherheit festgelegt, sondern es wird auch für den europäischen Markt das Genehmigungsverfahren vereinfacht. Weitere Einzelheiten unter

<http://ec.europa.eu/enterprise/automotive/directives/proposals.htm>.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1468&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **11. Schulmilch**

**Die EU-Vorschriften zur Schulmilch sind modernisiert worden.** Der Beihilfesatz wurde einheitlich für alle Milchkategorien auf 18,15 EUR je 100 kg festgesetzt, unabhängig vom Fettgehalt. Damit wurde eine noch aus der Nachkriegszeit stammenden Regelungen abgelöst. Diese Neuregelung wird faktisch dazu beitragen, dass Schulkinder künftig auch fettarme Milchprodukte konsumieren. Das ist sinnvoll in einer Zeit, in der Übergewicht zu einem großen Problem für die öffentliche Gesundheit wird und der Konsum von Fett aus Milchprodukten nicht zuletzt auch bei Schulkindern reduziert werden muss. Die Schulen können künftig selbst entscheiden, welche Art von Milch sie ausgeben wollen. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1404&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **12. Umweltoffensive für KMU**

**Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen bei Umweltmaßnahmen unterstützt werden.** In einer Mitteilung der Kommission vom 8.10.2007 wird ein entsprechendes Programm vorgeschlagen, mit dem Finanzmittel in Unterstützungsnetzwerke gelenkt und der Zugang zu Umweltmanagementsystemen erleichtert werden soll, um insbesondere Energie und Ressourcen effizient zu nutzen. Für 2007 sind bereits verschiedene Maßnahmen geplant. Unterstützend zu diesen Maßnahmen gibt die Kommission in 17 Fallstudien (englisch) eine Auswahl bewährter Praktiken zur Unterstützung der Einhaltung von Umweltvorschriften. Die Fallstudien umfassen eine Bewertung sowohl der Wirksamkeit als auch der Übertragbarkeit der Initiativen auf andere Szenarien und nennen konkreter Beispiele für öffentliche Behörden und Einrichtungen zur Unternehmensunterstützung. Die Fallstudien (englisch) unter

[http://ec.europa.eu/environment/sme/pdf/doc\\_908\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/environment/sme/pdf/doc_908_en.pdf) und unter

[http://ec.europa.eu/environment/sme/cases/case\\_study\\_de.htm](http://ec.europa.eu/environment/sme/cases/case_study_de.htm)

Die Mitteilung der Kommission unter

[http://ec.europa.eu/environment/sme/pdf/com\\_2007\\_379\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/environment/sme/pdf/com_2007_379_de.pdf)

### **13. Bürokratieabbau**

Termin: 21.9.2008

**Die (kommunale) Wirtschaft kann per online Vorschläge zum EU-Bürokratieabbau vorlegen.** Diesem Ziel dient eine neue eingerichtete Website, mit der per Online-Befragung (kommunale) Unternehmen um Vorschläge für den Abbau bürokratischer Hindernisse und Verbesserungsvorschläge gebeten werden. Die

online-Befragung konzentriert sich auf Informationen, die Unternehmen in der EU Behörden oder privaten Stellen erteilen müssen: Informationen für amtliche Registereintragungen, Zertifizierungen, Inspektionen, Beihilfen, statistische Formulare, Energielabels für Verbraucher oder Berichte an Anteilseigner usw. Das Formular ist unter

[http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/form\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/form_de.htm) abrufbar. Die Kommission prüft jeden Vorschlag und veröffentlicht alle drei Monate eine Zusammenstellung und eine Auswertung unter [http://www.mediafactory.be/cut25/reports\\_de.htm](http://www.mediafactory.be/cut25/reports_de.htm).

Neben dem Start dieser neuen Online-Befragung hat die Kommission eine Studie in Auftrag gegeben, mit der die Kosten ermittelt werden sollen, die durch EU-Vorschriften und ihre Umsetzung auf nationaler Ebene entstehen. Die Ergebnisse der Studie werden für Ende 2007 erwartet.

#### **14. Tiergesundheitsstrategie**

**Die Kommission hat eine Tiergesundheitsstrategie eingeleitet** und damit ihre strategischen Ziele im Bereich der Tiergesundheit für die nächsten sechs Jahre festgelegt. In einer Mitteilung vom 19. September 2007 unter dem Titel „Vorbeugen ist die beste Medizin“ wird das Ziel wie folgt beschrieben: Präventivmaßnahmen, Kontrollen und Forschung verstärken, um Tierseuchen zu vermeiden oder Auswirkungen ausgebrochener Krankheiten zu minimieren. Geplant ist u.a. die schrittweise Einführung der elektronischen Kennzeichnung von Tieren, um die Rückverfolgbarkeit in der Lebensmittelkette zu verbessern. Das Strategiepapier (28 Seiten) ist veröffentlicht unter

[http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/strategy/animal\\_health\\_strategy\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/strategy/animal_health_strategy_de.pdf)

#### **15. Seveso-II-Richtlinie**

**Die Kommission rügt das Fehlen von Notfallplänen für die Umgebung von Industrieanlagen.** 12 EU-Mitgliedstaaten, darunter u.a. Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Spanien und Schweden, haben ein letztes Mahnschreiben erhalten, weil sie diese durch die Seveso-II-Richtlinie vorgeschriebenen externe Notfallpläne nicht oder nur unzureichend umgesetzt haben. Diese Notfallpläne hätten seit 2002 vorliegen müssen. Die externen Notfallpläne enthalten die außerhalb des Betriebsgeländes zu ergreifenden Maßnahmen, die im Fall einer durch einen schweren Industrieunfall hervorgerufenen Notsituation einzuleiten sind. Die Pläne müssen dabei die Vorkehrungen für Abhilfemaßnahmen außerhalb des Betriebsgeländes, zur Unterstützung von Abhilfemaßnahmen auf dem Betriebsgelände sowie zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Unfall und das richtige Verhalten umfassen. In jedem Mitgliedstaat sind Behörden zu benennen, die für die Erstellung dieser Notfallpläne zuständig sind und die mindestens alle drei Jahre für deren Erprobung sowie erforderlichenfalls für deren Überarbeitung zu sorgen haben. Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

#### **16. EU-Förderprogramme**

**Für Anfänger gibt es eine Zusammenfassung der EU-Förderprogramme.** Die Broschüre „Neue Fonds, bessere Regeln“ stellt eine Übersicht der neuen Finanzregeln und Fördermittel zusammen und ist speziell für Anfänger gedacht. Der Ratgeber enthält Tipps zur Antragsstellung und eine Übersicht der Programme sowie

Adressen möglicher Ansprechpartner bei Problemen. „Neue Fonds, bessere Regeln – Ein Vademekum für Anfänger“ als pdf unter:  
[http://ec.europa.eu/budget/library/publications/financial\\_pub/pack\\_rules\\_funds\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/publications/financial_pub/pack_rules_funds_de.pdf)